

Ingrid Pahlmann

MdB

Neues von Ihrer Abgeordneten

**Sehr geehrte Damen und Herren, liebe
Freundinnen und Freunde aus dem
Wahlkreis Gifhorn-Peine,**

die Ampelregierung ist Ankündigungs -
Weltmeister. Umgesetzt bekommen sie ihre
Pläne jedoch nicht. Das sorgt nicht nur für
Unsicherheiten bei Bürgerinnen , Bürgern
und Unternehmen sondern verschlimmert
die Lage der Bundesrepublik noch weiter.

Das Bundesministerium für Finanzen hat
z.B. angekündigt, bis zur Bundesratssitzung
am 22.03.2024 ein Entlastungspaket für die
Landwirtschaft vorzulegen. Ergebnis: Nichts!
Deshalb übernehmen wir Verantwortung
und stellen einen eigenen Antrag zum
Agrardiesel.

Der Bundeskanzler hat 400.000 neue
Wohnungen angekündigt. Ergebnis: weit
verfehlt! Deshalb übernehmen wir
Verantwortung und stellen einen Antrag, der
Impulse für mehr und bezahlbaren
Wohnungsbau setzt.

Die Ampel kündigt die Bezahlkarte für
Asylbewerber an. Ergebnis: Die Grünen
blockieren! Deshalb übernehmen wir
Verantwortung und stellen hierfür einen
Gesetzesentwurf zur Abstimmung.

Diese und andere Themen finden Sie in
meinem Newsletter. Bitte beachten Sie auch
die Veranstaltungshinweise!



**Ich wünsche viel Spaß beim Lesen
und freue mich auf Ihre
Reaktionen!**

Herzliche Grüße, Ihre und Eure

A handwritten signature in black ink that reads "Ingrid Pahlmann". The signature is written in a cursive style.



Agrardiesel - Steuerentlastung

Für unsere Landwirte unverzichtbar!

Mit unserem Antrag **Agrardiesel-Steuerentlastung für unsere Landwirtschaft unverzichtbar** – den wir in dieser Woche erstmalig beraten haben – setzen wir uns entschieden für die Fortführung der steuerlichen Entlastung beim Agrardiesel ein.

Wir beobachten mit Sorge, dass die Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft in Deutschland – wie auch andere Wirtschaftszweige – sich in einer Krise befindet. Die geplante Abschaffung der Steuerentlastung beim Agrardiesel durch die Bundesregierung ist – ungeachtet der zwischenzeitlich erfolgten Abschwächung der Sonderbelastungen – ein erheblicher Nachteil für unsere Landwirtinnen und Landwirte und eine Schwächung der landwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit.

Mit unserem Antrag haben wir die Bundesregierung aufgefordert, die Agrardiesel-Steuerentlastung dauerhaft fortzuführen. Andere Fraktionen wollten dies nur befristet für das Jahr 2024. Diese Maßnahme ist unverzichtbar, um die heimische Land- und Forstwirtschaft in diesen herausfordernden Zeiten zu unterstützen. Wir hatten dazu eine namentliche Abstimmung gefordert, die Ampel hat den Antrag allerdings leider in den Finanzausschuss verwiesen.

[Den Antrag finden Sie hier!](#)



Deutschland aus der Baukrise führen

Jetzt wirksame Maßnahmen für bezahlbares Bauen und Wohnen ergreifen

Deutschland ist in einer echten Wohnungsbaukrise. Die Lage ist dramatisch: Die Baugenehmigungszahlen brechen flächendeckend ein, die Auftragsbücher der Unternehmen laufen leer und Projekte werden reihenweise storniert.

Einige Unternehmen mussten bereits Insolvenz anmelden, viele andere sind in eine bedenkliche finanzielle Schieflage geraten. Es gibt bereits Kurzarbeit und erste Entlassungen. Wir brauchen jetzt einen Impuls für mehr und bezahlbaren Wohnungsbau.

Die Ampel-Regierung hat bisher alle Hilferufe aus der Bauwirtschaft ungehört verhallen lassen. Leidtragende sind die vielen hunderttausend Menschen, die auf der Suche nach einer bezahlbaren Wohnung sind.

Mit unserem Antrag – den wir in dieser Woche abschließend beraten haben – stellen wir deshalb fest: Die Bauwirtschaft ist ein tragender Pfeiler unserer Konjunktur. Angesichts der dramatischen Lage auf dem Wohnungsmarkt muss gegengesteuert werden. Dafür ist ein Dreiklang aus steuerlichen Maßnahmen, gezielter Förderung und der Senkung von Bau- und Baunebenkosten nötig.

Der Staat muss vom Kostentreiber des Wohnungsbaus zum Impulsgeber werden. So erhalten wir Baukapazitäten und schaffen Raum für bezahlbares Bauen und Wohnen. Der Bundeskanzler steht hier persönlich in der Verantwortung, denn er hatte sich im Bundestagswahlkampf die Schaffung bezahlbaren Wohnraums auf die Fahnen geschrieben. Unser Aufruf an die Ampel ist leider verhallt. Der Antrag wurde abgelehnt.

[Unseren Antrag finden Sie hier!](#)

Bezahlkartengesetz



Gesetzentwurf zur rechtssicheren Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber

Erst auf großen Druck von CDU und CSU erklärte sich der Bundeskanzler in der Ministerpräsidentenkonferenz am 6. November 2023 dazu bereit, die Rechtsgrundlage für die bundesweite Einführung von Bezahlkarten für Asylbewerber zu schaffen.

Mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bestand Einigkeit in der Zielsetzung, Barauszahlungen an Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) weiter einzuschränken. So sollen Anreize zur irregulären Migration nach Deutschland reduziert und auch der Verwaltungsaufwand bei den Kommunen minimiert werden.

Hierzu sollen bundesweit Leistungen durch die Ausgabe von Bezahlkarten gewährt werden können. Notwendigen gesetzlichen Anpassungsbedarf im AsylbLG wollte die Bundesregierung zeitnah auf den Weg bringen. Bisher liegt kein geeinter Gesetzentwurf der Regierungskoalition vor, da die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen der eigenen Bundesregierung die Zustimmung verweigert. Diese neueste Episode im endlosen Streit der Ampelfraktionen sagt viel aus über die mangelnde Autorität des Bundeskanzlers in seiner eigenen Koalition.

Die Tatenlosigkeit der Regierung im Bereich der Migrationspolitik ist nicht länger hinzunehmen. Dem Wunsch der Bundesländer folgend, haben wir nun einen eigenen Gesetzentwurf für eine rechtssichere Grundlage für die Einführung von Bezahlkarten vorgelegt.

Angesichts des aktuellen Zustroms von Asylbewerbern, der die Kommunen überfordert und Deutschland an seine Belastungsgrenze bringt, ist es richtig, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz möglichst in Form von Sachleistungen oder mittels Bezahlkarte zu erbringen.

[Den Gesetzesentwurf finden Sie hier!](#)

Antisemitismus in allen Erscheinungsformen aktiv bekämpfen

Seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 ist Antisemitismus an deutschen Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen sowie im Kunst- und Kulturbetrieb in erschreckender und alarmierender Weise zutage getreten.

Jüdische Schüler, Lehrkräfte, Studenten und Wissenschaftler erfahren noch häufiger als zuvor Anfeindungen und Angriffe. Antisemitische Vorfälle im Kulturbetrieb – etwa bei der documenta in Kassel oder jüngst bei der Preisverleihung der Berlinale in Berlin – bleiben in der eigenen „Szene“ zu oft unwidersprochen.

Keine falsche Nachsicht in Kultur, Bildung und Wissenschaft



Antisemitismus ist in Deutschland generell – zu jeder Zeit und an jedem Ort – inakzeptabel. Dies gilt damit selbstverständlich auch in Bildungseinrichtungen, an Hochschulen sowie im Kunst- und Kulturbereich. Es braucht eine breite gesellschaftliche und parteiübergreifende Reaktion auf die neuerlichen, unerträglichen Vorfälle von Antisemitismus.

Mit einer „Aktuellen Stunde“ auf Antrag unserer Fraktion haben wir die Bundesregierung zum Handeln aufgefordert. Hochschulgesetze müssen angepasst werden, damit die Möglichkeit der Exmatrikulation insbesondere bei antisemitischen Gewalttaten besteht. Das staatlich vergebene Label der „Exzellenz“ in Wissenschaft und Forschung dürfen aus unserer Sicht künftig nur solche Einrichtungen erhalten, die konsequent gegen Antisemitismus vorgehen.

Wir erwarten, dass künftig keine Bundesmittel an Kulturprojekte oder Einrichtungen fließen, die Antisemitismus eine Bühne bieten. Wenn Förderungen bereits erfolgt sind, müssen diese zurückgefordert werden. Wir brauchen eine einheitliche, verbindliche Verpflichtungserklärung gegen Antisemitismus für alle bundesgeförderten Kultureinrichtungen. Antisemitismus darf in Deutschland im Allgemeinen und in Bildungseinrichtungen, in Kunst und Kultur im Besonderen keinen Platz haben.



Kormoranmanagement

Schutz von Artenvielfalt und Fischereibeständen

Mit unserem Antrag Kormoranmanagement – Schutz von Artenvielfalt und Fischereibeständen adressieren wir das Problem der sich stark vermehrenden Kormoranpopulationen und deren negativen Einflüsse auf die Fischbestände in Deutschland. Wir erkennen an, dass der Kormoran, früher nahezu ausgerottet, heute durch Schutzmaßnahmen nicht mehr als gefährdet gilt. Jedoch führt der erhöhte Fraßdruck dieser Vögel zu ernsthaften Bedrohungen für die Artenvielfalt der Fischbestände sowie die Binnen- und Seefischerei. Mit unserem Antrag haben wir die Bundesregierung aufgefordert, ein bundesweites Kormoranmanagement zu etablieren und einen „Aktionsplan Kormoran“ zu entwickeln. Dieser Plan soll Länderverordnungen harmonisieren und Maßnahmen zur Vergrämung sowie zur Eindämmung der Vermehrung des Kormorans beinhalten. Wir betonen die Wichtigkeit von schonenden, populationsbegrenzenden Maßnahmen, wie das Einölen oder Auskühlen von Eiern, und fordern eine Anpassung im Bundesnaturschutzgesetz, um solche Maßnahmen zu erleichtern. Außerdem soll die Bundesregierung sich auf EU-Ebene für eine Einordnung des Kormorans als bejagbare Art einsetzen, um den Schutz heimischer Fischarten zu gewährleisten.



Bestandsregulierung der Saatkrähe

Belastung verringern - Aussaat sichern

In abschließender Beratung haben wir uns in dieser Woche zudem mit unserem Antrag zur Bestandsregulierung der Saatkrähe befasst.

Mit unserem Antrag fordern wir effektive Lösungen für die Probleme, die durch die stark wachsende Population der Saatkrähe in Deutschland verursacht werden.

Wir fordern eine Herabstufung des Schutzstatus der Saatkrähe, um eine kontrollierte Bestandsregulierung zu ermöglichen und die Bejagung der Art zu erlauben. Dies soll analog zu Regelungen erfolgen, wie es sie bereits in Ländern wie Schweden, Frankreich und der Slowakei gibt. Zudem soll die Bundesregierung einen Gesetzesentwurf vorlegen, der Maßnahmen zur Verlagerung von Brutkolonien aus Wohngebieten und die Erleichterung der Entnahme umfasst.

Die rapide Zunahme der Saatkrähen führt zu signifikanten Schäden in der Landwirtschaft und beeinträchtigt die Gesundheit sowie die Lebensqualität in städtischen Gebieten durch Verkotung öffentlicher Plätze. Wir wollen den Konflikt zwischen dem Schutz der Saatkrähen und den Interessen der Landwirtschaft und der Bevölkerung lösen.

Veranstaltungshinweise:

Am **Freitag, 05.04.2024 ab 16.45 Uhr** finden Sie mich bei der Menschenkette für Demokratie in Wilsche und am **Freitag, 12.04.2024 ab 19.00 Uhr** bei der Jahreshauptversammlung der Jägerschaft in Gifhorn im Schützenhaus Wesendorf!

Weiterhin möchte ich schon mal auf den Wahlkampfauftakt von Lena Düpont hinweisen:

Am **Sonntag, den 21. April 2024** findet der **Wahlkampfauftakt zur Europawahl 2024** im Krümmeweg **in Wilsche** statt. Bitte merken Sie sich diesen Termin bereits vor! Weitere Infos erhalten Sie auch auf den Kanälen von Lena Düpont und mir.



facebook



instagram

facebook

Impressum & Kontakt

Wahlkreisbüro Gifhorn
Steinweg 5
38518 Gifhorn

ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de

Ingrid Pahlmann, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 227 72341

ingrid.pahlmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Peine
Freiligrathstraße 4
31224 Peine

ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de